

EFD
Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Bundeshaus
Bern

Bern, 15. Februar 2023

Änderung des Bundesgesetzes über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBBG): Nachhaltige Finanzierung der SBB - Stellungnahme transfair

Sehr geehrter Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Gerne nehmen wir die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung des Bundesgesetzes über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBBG), Nachhaltige Finanzierung der SBB wahr.

Der Personalverband transfair und sein Dachverband Travail.Suisse sind der Ansicht, dass die SBB ein grundlegender Pfeiler des Service public für die Bevölkerung, aber auch für die Gesamtwirtschaft darstellen. In diesem Sinne begrüsst transfair einen Gesetzesentwurf, der die finanzielle Situation der SBB nachhaltig stabilisieren soll. Dies ist notwendig, da die SBB bereits vor der Corona-Krise, trotz positiver Ergebnisse, eine stetig steigende Nettoverschuldung aufwies, was vor allem auf deren hohe Investitionen zurückzuführen ist. Laufende Angebotsverbesserungen führen auch in den kommenden Jahren zu Investitionen in neues Rollmaterial sowie in moderne Unterhaltsanlagen.

Aufgrund der Corona-Pandemie erlitten die SBB hohe Verluste im Fernverkehr, was ihre finanzielle Situation weiter verschlechterte. Dadurch können die SBB das vom Bund vorgegebene strategische Ziel der Obergrenze für die Nettoverschuldung nicht mehr einhalten. Angesichts der finanziellen Aussichten ist es unwahrscheinlich, dass die SBB dieses Problem in den kommenden Jahren ohne Hilfe ihres Eigentümers lösen können.

Für transfair und Travail.Suisse ist es von grundlegender Bedeutung, dass die Investitionen in den öffentlichen Verkehr wie geplant und durch die Politik gestützt getätigt werden können. Verzögerungen beim Ausbau des Angebots mangels angemessener

Finanzierung werden sich negativ auf die Arbeitsplätze, die Wirtschaft und verschiedene Regionen des Landes auswirken. Aus diesem Grund unterstützt transfair grundsätzlich die verschiedenen Massnahmen, die im Inhalt der Vorlage vorgeschlagen werden.

Anbei finden Sie unsere Anmerkungen zur Vorlage.

Stellungnahme zum Inhalt des Gesetzesentwurfs

«Die Gesetzesvorlage umfasst eine Anpassung des Bundesgesetzes über die SBB, durch die geklärt werden soll, welche Instrumente dem Bund zur Finanzierung der SBB zur Verfügung stehen. Aktuell gewährt der Bund den SBB zur Deckung ihres Finanzierungsbedarfs Tresoreriedarlehen. Diese Darlehen führen jedoch zu einem Anstieg der Verschuldung des Bundes ausserhalb der Schuldenbremse. Die Vorlage sieht vor, dass der Bund den SBB ab einem bestimmten Verschuldungsniveau nur noch Darlehen über den Bundeshaushalt gewähren darf. Im Gegensatz zu Tresoreriedarlehen unterliegen solche Haushaltsdarlehen den Vorgaben der Schuldenbremse. Auf diese Weise wird das Risiko einer Umgehung der Schuldenbremse beseitigt und das Parlament hat die Möglichkeit, die Darlehen im Rahmen des Bundeshaushalts zu genehmigen. Des Weiteren legt die Gesetzesvorlage die übrigen Finanzierungsinstrumente fest, die den SBB zur Verfügung stehen sollen.»

transfair unterstützt diese gesetzliche Anpassung. Die Tatsache, dass das Parlament Darlehen im Rahmen des Bundeshaushalts bewilligen kann, stärkt den demokratischen Aspekt des Service public, kann aber auch eine zusätzliche Hürde darstellen (z.B. ungenügender Ersatz von Rollmaterial und Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen aufgrund strengerer Auflagen zur Einhaltung der Schuldenbremse). Die Tatsache, dass die ausschliessliche Gewährung von Haushaltsdarlehen von einem relativ hohen Verschuldungsniveau aus erfolgt und frühestens in einigen Jahren erfolgen würde, macht diese Massnahme akzeptabler. Es ist darauf zu achten, dass das maximale Verschuldungsniveau der SBB vor Gewährung des einmaligen Kapitalzuschusses von maximal 1.25 Milliarden Franken fixiert wird. In einer Gesamtperspektive des Projekts, das mehrere Massnahmen umfasst, die eine nachhaltige Finanzierung der SBB sicherstellen, kann transfair diese gesetzliche Anpassung unterstützen.

«Für die Umsetzung der Motion 22.3008 schlägt der Bundesrat einen einmaligen Kapitalzuschuss zur Reduktion der Nettoverschuldung der SBB vor. Dieser Kapitalzuschuss bemisst sich an den im Fernverkehr erlittenen Verluste der Jahre 2020 bis 2022. Gemäss aktuellen Schätzungen beläuft sich der Betrag auf höchstens 1,25 Milliarden Franken. Dazu ist das Bundesgesetz über die SBB anzupassen.»

transfair unterstützt diese Gesetzesänderung. Andernfalls würde es den SBB nicht gelingen, die Nettoverschuldung bis 2030 unter die Zielgrösse zu senken, was ein schrumpfendes Angebot, den Verzicht auf Investitionen und den Verkauf von Vermögenswerten zur Folge hätte. Es ist richtig, dass diese einmalige Einlage als ausserordentliche Ausgabe beantragt wird, denn die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Nettoverschuldung der SBB sind ausserordentlich. transfair hat den Ausgleich der Verluste im Fernverkehr von Anfang an gefordert und begrüsst diesen einmaligen Beitrag sehr.

«Schliesslich sieht die Vorlage zur Sicherstellung der Liquidität des BIF noch eine Anpassung des Schwerverkehrsabgabegesetzes vor. Dem Bund stehen zwei Drittel des Reinertrags dieser Abgabe zur Verfügung. Mit der Gesetzesänderung soll dieser Anteil so lange vollständig in den BIF eingelegt werden, bis dessen Reserven ein angemessenes Niveau erreicht haben (mind. 300 Millionen).»

transfair unterstützt diese Gesetzesänderung. Um den Fernverkehr unverzüglich wieder rentabel gestalten zu können, ist eine Senkung des Trassenpreises notwendig. Dies führt gemäss Erläuterndem Bericht im Zeitraum 2023 bis 2029 zu Einnahmeausfällen bei der Infrastruktur in der Grössenordnung von 1,7 Milliarden Franken. Mit dieser Anpassung wird der BIF über ausreichende Mittel für den Betrieb, die Instandhaltung und die Qualität der Infrastruktur sowie den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur verfügen. Damit können auch gute Rahmenbedingungen für den Service public im Bereich des öffentlichen Verkehrs aufrechterhalten werden, was sich positiv auf die Arbeitsplätze und die Wirtschaft auswirken wird.

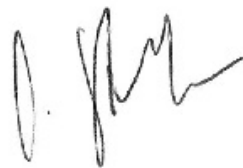
Wir danken für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und stehen Ihnen bei Rückfragen jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

transfair – Der Personalverband



Bruno Zeller
Branchenleiter Öffentlicher Verkehr



Olivia Stuber
Wissenschaftliche Mitarbeiterin